

Pressemitteilung

Gutes Bildungssystem und Rechtssicherheit wichtiger als Lohnniveau

Umfrage: Finanzindustrie fordert solide Strukturbedingungen in südeuropäischen Krisenländern / Lohnniveau weniger wichtig / „Widerspruch zur öffentlichen Debatte“

FRANKFURT, 11. April 2014. Welche Faktoren spielen bei der Entscheidung, in einem der südeuropäischen Krisenländer zu investieren, eine Rolle? In einer Umfrage des Center for Financial Studies bezeichnen rund 90 Prozent der Entscheider aus Finanzinstituten und Dienstleistern am Finanzplatz Deutschland die Faktoren Rechtssicherheit, gutes Bildungssystem/Humankapital sowie solide Infrastruktur als wichtig oder sehr wichtig. Jeweils gut vier Fünftel der Befragten halten zudem solide Staatsfinanzen, geringe Regulierung, bzw. Bürokratie sowie ein attraktives Steuersystem für wichtig oder sehr wichtig. 65 Prozent finden flexible Arbeitsmarktstrukturen wichtig, bzw. sehr wichtig. Ein geringes Lohnniveau bezeichnet dagegen eine Mehrheit von 64 Prozent als weniger wichtig, bzw. nicht wichtig.

Wie wichtig sind für Sie die folgenden Faktoren gesetzt den Fall, dass ein Unternehmen Ihrer Branche mit Sitz in Deutschland eine Investition in einem der südeuropäischen Krisenländer erwägen würde?

	Anteil der Befragten, welche die jeweilige Antwort angekreuzt haben			
	Sehr wichtig	Wichtig	Weniger wichtig	Nicht wichtig
Solidität der Staatsfinanzen	28,8 %	53,5 %	15,6 %	2,1 %
Attraktives Steuersystem	20,7 %	57,5 %	19,6 %	2,2 %
Geringes Lohnniveau	9,4 %	27,1 %	56,2 %	7,3 %
Gutes Bildungssystem / Humankapital	62,3 %	33,5 %	2,6 %	1,6 %
Rechtssicherheit	89,8 %	9,7 %	-	0,5 %
Gute Infrastruktur	29,2 %	59,8 %	8,3 %	2,7 %
Flexible Arbeitsmarktstrukturen (z.B. geringe Macht von Gewerkschaften, wenig Kündigungsschutz, etc.)	14,2 %	50,9 %	30,1 %	4,8 %
Geringe Regulierung/ Bürokratie	28,6 %	52,7 %	16 %	2,7 %

Quelle: Center for Financial Studies, April 2014

„Unsere Ergebnisse stehen im Widerspruch zur öffentlichen Debatte, die sehr stark auf das Thema reale Wechselkurse fokussiert“, kommentiert Jan Pieter Krahen, Direktor des Center for Financial Studies und wissenschaftlicher Leiter der Umfrage. „Für Investitionen in Krisenländern werden gute Rahmenbedingungen im Bereich Rechtssicherheit und Bildung als deutlich gewichtiger angesehen als das Lohnniveau. Hier sollte der Reformprozess in den südeuropäischen Ländern ansetzen: Strukturreformen statt weitere Lohnkürzungen.“

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter rund 400 Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland (Rücklauf im Durchschnitt: 50 Prozent).

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

Wir danken der Helaba Landesbank Hessen Thüringen für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Marcus Fleig
Center for Financial Studies
House of Finance
Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: fleig@ifk-cfs.de
Tel.: (069) 798-30061
www.ifk-cfs.de/cfsindex